



Nachbericht

Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing Podiumsdiskussion des Ausschusses Nachhaltiges Bauen:

"MISSION 2030 KONKRET"
Der Ausschuss legt Maßnahmen zur Klimastrategie vor

Erste Bank Campus*
Am Belvedere 1, 1100 Wien
Donnerstag, 29. November 2018, 19 Uhr

Einen Video-Mitschnitt der Veranstaltung finden Sie auf www.zt-live.at



Inhalt

Zu den im Strategiepapier Mission 2030 formulierten Zielen der Bundesregierung in Hinblick auf das Erreichen der österreichischen Klimaziele fehlen dringend **weitere Konkretisierungen**. Gerne werde man aber noch sinnvolle Beiträge in die Klima- und Energiestrategie einfließen lassen, so die ermunternde Aufforderung von Frau Bundesministerin Köstinger.

© getty images

Am Donnerstag, dem 29. November 2018 hat am Erste Bank Campus in Wien die vom Ausschuss Nachhaltiges Bauen der Bundeskammer der Ziviltechnikerinnen initiierte Podiumsdiskussion zur MISSION 2030 KONKRET mit Vertretern aus Politik und Verwaltung in Anwesenheit eines interessierten und diskussionsfreudigen Publikums stattgefunden. Der vom Ausschuss an diesem Abend präsentierte Maßnahmenkatalog zur Erreichung der österreichischen Klimaziele wurde in Zusammenarbeit mit namhaften Institutionen und ExpertInnen aus dem Bereich Nachhaltigkeit in ganz Österreich erstellt und präsentiert konkrete Vorschläge zur weiteren Umsetzung der MISSION 2030 aus der Perspektive des nachhaltigen Bauens.

Am Podium vertreten waren:

- Sektionschef Dr. Jürgen Schneider (BMNT Sektion IV Klima)
- Sektionschef Mag. Christian Weissenburger (BMVIT Sektion I Präsidium und internationale Angelegenheiten)
- Vizepräs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Österreichischer Gemeindebund)
- Mag. Christoph Chorherr (Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat, Grüne)
- Vorsitzende des Ausschusses Nachhaltiges Bauen, Arch. DI Ursula Schneider

Moderiert wurde der Abend von Dr. Christa Kummer

Einleitende Worte an diesem Abend kommen von Architektin Schneider, die den erstellten Maßnahmenkatalog offiziell an Sektionschef Schneider und damit stellvertretend an sein Ministerium übergibt. Das von der Regierung erstelle Strategiepapier zur MISSION 2030 sei einfach zu unkonkret, so Ursula Schneider.

"Im Bauwesen wissen wir wie kurz 12 Jahre (2018-2030) sind. Wir sind Planer und als solche tagtäglich damit beschäftigt, Termine in der weiteren Zukunft halten zu müssen. Mit unserem Papier wollten wir unsere Bereitschaft signalisieren, dass wir gerne an diesem Prozess mitarbeiten wollen", so Architektin Schneider zur MISSION 2030. "Man sagt immer Klimaschutz, dabei geht es um den Schutz unserer Spezies", so Schneider weiter.

Moderatorin Christa Kummer erläutert zunächst die Gliederung des vorliegenden Maßnahmenkatalogs in 4 Themenfelder:

- Städtebau, Raumplanung und überregionale Strategien
- Effizienz, Sanierung und Nutzungsoffenheit
- Energiekosten, Energieversorgung und -Speicherung
- Rohstoffe, Lebenszyklus und Kreislaufwirtschaft

Diese Themenfelder sind im Katalog wiederum in drei Teilbereiche gegliedert: regulative Maßnahmen, Anreizsysteme und Begleitmaßnahmen. Aus den jeweiligen Themenfeldern wurde für die Diskussion je ein Schwerpunktthema ausgewählt, "um hier Konstruktives zusammenzubringen", so Kummer.





Thema 1: Raumordnung

Zu Beginn skizziert Sektionschef Dr. Jürgen Schneider die MISSION 2030, die im Mai dieses Jahres von der Bundesregierung vorgelegt wurde. "Der Befund, dass es einer Konkretisierung bedarf, ist definitiv richtig", so Schneider, "denn dieser Entwurf wurde als eines der ersten Projekte dieser Bundesregierung sehr schnell erarbeitet". Das läge aber auch daran, dass viele Maßnahmen nicht in der Verantwortlichkeit des Bundes liegen. Zum vorliegenden Maßnahmenkatalog spricht Schneider seine Glückwünsche an die AutorInnen aus. Es wurde systemisch an die Fragestellung herangegangen, was das Papier sehr hilfreich macht. "Es liegt aber auch noch einiges an Überzeugungsarbeit mit Gemeinden und Ländern vor uns", räumt Sektionschef Schneider ein.

Auch Sektionschef Weissenburger bedankt sich für das Papier. Er verweist darauf, dass sein Ministerium nicht nur in Sachen Mobilität in der Erstellung der MISSION 2030 beteiligt war, sondern auch in Sachen Forschung würde die Umsetzung der Mission 2030 tatkräftig unterstützt, um diese mit neuen Technologien konkret werden zu lassen.

Abgeordneter Christoph Chorherr ist hin- und hergerissen. Einerseits wäre man Dimensionen von dem entfernt, was notwendig wäre. Es müsste ein kompletter Umsteuerungsprozess stattfinden, der alles, was diskutiert wird, in den Schatten stellt. Die Absage einer radikalen ökologischen Steuerreform zeige aber, dass es in dieser Bundesregierung keinen Willen gäbe, etwas zu verändern. Was ist also möglich? "Dieses Papier könnte eine Basis sein, wohin es gehen kann", so Chorherr. Der erste Schritt wäre eine drastische Reduktion von CO2-Emissionen. "Es geht ums Wollen und um Prioritäten. Ölheizungen beim Neubau gehören verboten. Es muss jetzt beginnen!", so Chorherr. Wir müssen weg vom Alarmismus hin zu, was kann man konkret machen.

Vizepräsident Hingsamer geht es um Überzeugungsarbeit, dass jeder für sein Tun und Handeln verantwortlich ist. "Wir wissen, dass wir im Bereich Raumplanung gefordert sind. In Oberösterreich haben wir jetzt ein Entwicklungsprogramm in Gang gebracht, das aber auch erst am Anfang steht. Es gibt jedoch die Bereitschaft, in der Raumplanung ordentlich umzudenken", so Hingsamer. Angesichts der Zersiedelung stelle sich die Frage: "Wollen wir in 200 Jahren noch landwirtschaftliche Flächen haben?" Auch die Frage nach Wohnraumverdichtung ist vor allem am Land ein wichtiges Thema, das schwierigste wäre aber der Verkehr, so Hingsamer. "Wie gut muss der öffentliche Verkehr gestaltet sein, damit er auch angenommen wird?" Wenn man den ländlichen Raum erhalten will, müsse man auch schauen, dass dort Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind. Im Bereich





Energie geschehe in ländlichen Regionen sehr viel in Richtung nachwachsender Rohstoffe. Die thermische Sanierung von Altbeständen sei allerdings rückläufig. Ortskerne würden einen hohen Leerstand aufweisen, weil der Stadtrand einfach günstiger sei, auch für Verkehrs- und Parkflächen. Die Frage wäre, ob man nicht auch hier mit "Steuern steuern" könnte, so Hingsamer.

Auch Architektin Schneider ist der Meinung, dass die Verdichtung von Wohnraum ein wichtiges Thema ist. Sehr wesentlich wäre aber auch die Bildung im Bereich nachhaltiges Bauen, denn hier würde immer nur von Mülltrennung und Ernährung gesprochen werden. "Wir müssen dringend die Jugend miteinbeziehen", so Schneider, denn sie sind die Entscheider von morgen.

Aus dem Publikum kommen mehrere Meldungen zu einer umfassenden Raumordnungspolitik. Was diese Zersiedelung angeht, spricht sich Vizepräsident

Hingsamer jedoch für eine Autonomie vor Ort aus. "Ein Einfamilienhaus kann auch eine Lebensqualität haben", so Hingsamer. In Sachen Grundsteuer könnten die ersten 500 m2 deutlich günstiger besteuert werden, schlägt der Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes vor. Mehr Fläche müsste teurer werden. Gewerbe, Industrie und Infrastrukturmaßnahmen nähmen aber die meisten Flächen in Anspruch, so Hingsamer. Die Gemeinde ist immer nur Antragsteller, die Genehmigung vergibt aber das Land.

Sektionschef Weissenburger schlägt im Gegenzug dazu vor, die heiße Kartoffel nicht hin- und herzuschieben. Die Zersiedelung ist ganz klar ein Thema in Österreich. Die Infrastruktur und der Verkehr sind meist nur Folgen dessen, was geschieht, so Weissenburger, ausgelöst durch die Raumordnung.

Das Ziel müsse sein, die Zersiedelung und den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen, so Architektin Schneider. Das Mindeste, was es dafür braucht, wäre keine Förderungen für Standorte auszuschütten, die diese Erfordernisse nach sich ziehen, so Schneider.

Christoph Chorherr zeigt sich erfreut darüber, dass auch einmal über den Boden gesprochen wird und nicht immer nur über Solarenergie und Stromversorgung. "In der Tat ist der Bodenverbrauch pro Kopf in Österreich doppelt so hoch wie in Deutschland, denn je zersiedelter das Land, desto mehr Straßen braucht man pro Kopf", so Chorherr. Sinnvolle Stadtentwicklung würde durch jahrelang andauernde Umweltverträglichkeitsprüfungen und juristische Schlachten verhindert und die Zersiedelung maximal forciert. Das Konzept "ebenerdig arbeiten, darüber wohnen, hat 5000 Jahre lang funktioniert", so Chorherr. "Wir zerstören Kulturland. Dafür müssen die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen Nein sagen."





"Wir haben 1,8 m2 Supermarkt pro Kopf in Österreich," gießt Moderatorin Christa Kummer diese Entwicklung in Zahlen. "Damit sind wir Europameister." Selbiges

gilt für den österreichischen Straßennetz-Verbrauch pro Kopf.

Was hingegen funktioniert, so Sektionschef Schneider, ist das Altlastensanierungsgesetz. Da geht es um innerstädtische Gewerbe- und Industrieflächen, die nicht mehr benutzt werden, weil es oft attraktiver ist, auf die grüne Wiese zu gehen. Flächen, wo ungenutzte Immobilien stehen, sollen so wieder in den Wirtschaftskreislauf integriert werden, so Schneider.

Das Land ist aber "kein Naturreservat", so Hingsamer. "Wir haben mit der Raumordnung in den 1970er-Jahren viel zu spät begonnen. Die Zersiedelung geht historisch ganz, ganz weit zurück", so Hingsamer weiter. Auch in den ländlichen Regionen muss von einer Verdichtung gesprochen werden, räumt der Vizepräsident des Gemeindebundes ein. Im Finanzausgleich wären die Gemeinden aber bereits benachteiligt, sie jetzt aber auch in der Wohnbauförderung zu benachteiligen - wenn Förderungen an verkehrsgünstige Standorte geknüpft werden, das ginge zu weit.

Als Vertreterin des Ausschusses schlägt Architektin Schneider hier vor, die Pendlerpauschale umzuwandeln und mit dem forcierten Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebots und der Raumordnungskonzepte zu verbinden. Für die Einsparung von umweltkontraproduktiven Maßnahmen spricht sich auch Sektionschef Schneider aus.

Thema 2: Sanierung

Im Sanierungsbereich müsste der Erhaltungsbegriff anders definiert werden, so Architektin Schneider. Es gehe darum, dass der Wert eines Gebäudes über den Lebenszyklus erhalten wird. Jeder, der ein Gebäude besitzt, müsste im Stande sein, es an den Stand der Technik anzupassen. "Ein Gebäude ist ein volkswirtschaftlicher Faktor in dem Sinne, dass es – bleibt es dauerhaft ungedämmt - zu unserem CO2-Problem beiträgt", so Schneider.

Beim Neubau gibt es in Oberösterreich ganz klare Richtlinien, was zu tun ist, damit gefördert wird, so Hingsamer, wie auch bei der Sanierungsförderung. Das Thema Sanierung bräuchte allerdings ein paar neue Förderungsansätze, damit hier mehr weitergeht.

"Wir haben kein Interesse, dass die Ballungsräume wachsen und der ländliche Raum leersteht", so Abgeordneter Chorherr. Haushalte verändern sich. Statt der Pendlerpauschale lassen sich Einfamilienhäuser vielleicht zu Wohnhäusern





umbauen, denn man muss nicht immer alles neu bauen. "Der ökologischste Bau ist der Nicht-Bau", so Chorherr weiter. Er plädiert dafür den Bestand sozial zu modernisieren, Anreize zu Sanierungen für gemeinschaftliches Wohnen zu schaffen und nicht immer nur über Energie zu sprechen.

Zur Verkehrsvermeidung sollte zudem das Arbeiten von zu Hause gefördert werden, so Sektionschef Weissenburger.

Gesetzliche Adaptierungen sind für Sektionschef Schneider besonders interessant. "Das Passivhaus mit 2 SUVs vor der Tür ist eine Katastrophe", so Schneider. Man müsse in den Bestand gehen und die Sanierungsrate stärken. Allerdings gab es von den Ländern bislang keinen besonders großen Zuspruch dafür, so Schneider. Das hehre Ziel der thermischen Gesamtsanierung ist für viele schlichtweg zu teuer. "Mit der derzeitigen Sanierungsrate werden wir die Klimaziele aber nicht erreichen", stellt Schneider fest.

Für Architektin Schneider braucht es hier auch eine Anleitung für die richtige Reihenfolge. Das Gesamtsanierungskonzept soll den Menschen natürlich ermöglichen, die Sanierung auch in Etappen durchzuführen.

Der Katalog zeige ja, dass einige wenige Maßnahmen extrem viel verändern würden, so Chorherr. Die Sanierungsrate wäre durch eine ökologische Steuerreform ganz einfach zu erhöhen, denn wenn die fossile Energie teurer würde, geschehe das von ganz allein, so Chorherr.

Wichtig wäre es aber auch die Sanierungsqualität zu erhöhen, meldet sich eine Stimme aus dem Publikum. Die Sanierungsrate würde zurückgehen, weil bereits vieles halbherzig saniert wurde. Moderatorin Kummer greift dieses Statement auf, um auf das nächste Thema überzuleiten:

Thema 3: Energiekosten, -Versorgung und -Speicherung

Hier ist auch wieder der Bildungssektor gefragt, so Kummer, denn Maßnahmen müssen auch zusammenpassen. Zusammenfassend stellt sie fest: "Wir sind gefangen in alten Strukturen, in Gesetzgebungsmustern und in Befindlichkeiten. Wir müssen beginnen ganz neu zu denken." Schluss mit fossilen Brennstoffen und ein neues System entwickeln, so Kummer.

Architektin Schneider wirft nun die Frage auf: Wer soll wieviel erneuerbare Energie zur Verfügung stellen müssen? Biomasse, Wasserkraft, Photovoltaik, Windkraft, alle erneuerbaren Energien sollen natürlich ausgebaut werden. Vermutlich müssten aber 20% des gesamten Baulandes bebaut sowie unbebaut mit





Photovoltaik bedeckt werden, so Schneider. Aber auf wen und wie solle die Kostenlast verteilt werden?

Für Chorherr geht es hingegen zuerst um eine Wärmewende und darum, dass Ölheizungen abgeschafft werden. Das Thema ist: "Wie kühlen wir im Sommer?", so der Abgeordnete. Sommerhitze könne im Boden zwischengespeichert und mit hocheffizienten Wärmepumpen im Winter wieder raufgeholt werden. Zwei Themen sind für Chorherr besonders wichtig: Wärme und Verkehr. Die Leute würden immer Energie und Strom verwechseln, so Chorherr.

Selbstverständlich müsse die Effizienz vor der Erzeugung ausgeschöpft werden, und diese müsse selbstverständlich erneuerbar sein kontert Architektin Schneider. Aber es sei wichtig die Gebäude schon jetzt auf die zukünftige unverschattete Stromproduktion auf den Dächern vorzubereiten.

Auch Sektionschef Schneider sieht das Problem bei den Ölheizungen. Ein Umstieg wäre aber mit erheblichen Investitionen verbunden. "Wir haben angefangen mit einer kleinen Förderaktion: Raus aus Öl", so Schneider. "Wir brauchen die Photovoltaik-Revolution, aber in Kombination mit dem intensiven und allgemeinen Ausbau erneuerbarer Stromversorgung. Wir importieren derzeit tschechischen Atomstrom und deutschen Kohlestrom", so Schneider. Hier braucht es Sektorkoppelungsansätze in Verbindung mit den Themen Mobilität und Wärme. Und dafür sind nicht nur die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich, sondern auch Fragen der Vermarktung müssen gestellt werden: Wie kann Eigenverbrauch optimiert werden? Können die Nachbarn partizipieren? Wie kann ich das zwischenspeichern?

Das Verkehrsproblem wird das Stromproblem aber noch verschlimmern, so Sektionschef Weissenburger. "Wenn wir die Elektromobilität weiter ausbauen wollen, dann werden wir mehr Strom dafür brauchen", so Weissenburger. Das Problem sieht er hier in erster Linie im Individualverkehr.

Thema 4: Rohstoffe, Lebenszyklus und Kreislaufwirtschaft

Hier geht es um die Werterhaltung über den Lebenszyklus, fasst Kummer zusammen. EigentümerInnen sollen Verantwortung entwickeln für ihre Immobilie.

"In den Punkten in denen Gebäude volkswirtschaftliche Relevanz besitzen, brauche es auch eine Verpflichtung für die Besitzer", wiederholt Architektin Schneider ihren zuvor genannten Punkt.

Man könnte dies als "TÜV Pickerl fürs Haus" bezeichnen, so Kummer. Vielleicht brauche es schlichtweg Anreize mit "Goodies für Herrn und Frau Österreicher".





Wir haben seit langem das Klimaaktivprogramm mit Prämierungen sowie ein Programm für Mustersanierungen, antwortet Sektionschef Schneider auf Kummers Vorschlag. Aus dem Maßnahmenkatalog gehe aber auch hervor, dass es nicht nur um Energieverbrauch geht, sondern auch darum, wie lange ein Gebäude steht, so Schneider. "Was wir derzeit machen ist eine Bioökonomie-Strategie, wo wir erneuerbare Rohstoffe nicht nur im Wärmebereich, sondern auch im Baubereich stärker einsetzen." Das Hauptaugenmerk wird also auf Heizungssystemen, thermischer Qualität und grauer Energie (Anm. Energie, die für Herstellung und die Entsorgung eines Produkts benötigt wird) liegen, die in den Objekten verbaut wird.

In welchen Mengen erneuerbare Energien ausgebaut werden, soll noch vor Weihnachten geklärt werden, antwortet Schneider auf eine Frage aus dem Publikum. Schließlich müsse ja auch geplant werden. Letztlich ist davon auszugehen, dass wir in Österreich im Jahr 2030 einen Stromverbrauch von 82-84 TWh haben werden. "Das bedeutet, dass wir einen Zubau erneuerbarer Energie brauchen werden, den Verbrauch aber auch eindämmen werden müssen", so Schneider. In Zukunft soll vor allem auf Wind und PV (Anm. Photovoltaik) gesetzt werden.

"Natürlich ist das anfangs angesprochene Thema der Zersiedelung für den Ausbau der Windkraft nicht gerade förderlich", so Hingsamer auf Schneiders Pläne. In Oberösterreich wurde immerhin ein Wind-Masterplan festgelegt, wo Standorte mit dem vorgeschriebenen Abstand zu Siedlungsgebieten definiert wurden, so Hingsamer.

Wie könne die Politik daraus eine Bewegung machen, so eine weitere Frage aus dem Publikum. "Wir haben in Wien eine Bauordnung ohne Bewegung gemacht", so Chorherr. Welche Politik gemacht wird, könne man schließlich wählen. "Man versaut einfach nicht seine Atmosphäre", so der Abgeordnete. Das Hundesackerl hat sich ja schließlich auch durchgesetzt. "Es gehört sich einfach nicht mit Öl zu heizen", so sein Appell. Es brauche also verantwortliche Politiker und eine Bevölkerung, die das mitträgt.

Die Kosten einer Sanierung im Vergleich zur Energieeinsparung rechnen sich für ältere Personen aber einfach nicht, so ein weiteres Statement aus dem Publikum. Das ist aber genau jene Zielgruppe, die noch einmal in ihre Immobilie investieren würde. Dafür boomt der Sektor altersgerechtes Wohnen.





Zum Abschluss zeigt sich Architektin Ursula Schneider als Vorsitzende des Ausschusses Nachhaltiges Bauen dann doch durchaus zufrieden und spricht nochmals die Bildung an: "Vielleicht kann das BMVIT ein Vorbild für das Unterrichtsministerium werden, Projekte zur Implementierung des Wissens über Nachhaltigkeit müssen in einem viel größeren Rahmen gefördert werden", so Schneider. Die Bereitschaft an dem Prozess weiterhin positiv mitzuwirken, wird von ihr auch noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Viele Hausübungen wären noch zu machen, so Sektionschef Schneider. "Wir versuchen einschlägige Themen im Lehrplan zu verankern. Helfen auch Sie uns Lösungen umzusetzen und stellen Sie uns an den Pranger, wenn uns das nicht gelingt", so die ermunternden Abschlussworte des Sektionschefs an das Publikum.

Politik kann auch nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln, so Kummer zusammenfassend. Es müssen hier sehr viele Befindlichkeiten abgedeckt werden, so die Moderatorin in Hinblick auf die verschiedenen Interessen von Bund, Land und Gemeinden. "Aber wir alle haben es auch in der Hand. Wir dürfen in die Eigenverantwortung gehen", so Kummer abschließend.

Mit freundlicher Unterstützung der





